

Kleine Anfrage

**Martin Steiner und Liberal-Demokratisch
Fraktion**

Förderarchitekturen für GreenTech-Start-ups im Kontext ökologischer Transformation und innovationspolitischer Systemsteuerung – Strukturanalyse bundespolitischer Interventionslogiken

Vor dem Hintergrund multipler, ineinandergreifender Transformationsimperative – namentlich der Dekarbonisierung zentraler Produktions- und Konsumregime, der ökologisch gebotenen Ressourcenschonung sowie der digitalen Reorganisation sektoraler Wertschöpfungsketten – kommt innovationsgetriebenen Unternehmensneugründungen im Bereich umweltorientierter Hochtechnologie (GreenTech) eine wachsende systemische Relevanz zu. Diese Start-ups fungieren nicht lediglich als Träger technologischer Neuerungen, sondern zunehmend als intermediäre Akteursformationen in sozio-technischen Übergangsprozessen, die in komplexen Mehrebenensystemen zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft operieren.

Gleichzeitig ist empirisch evident, dass sich die Zugangsmöglichkeiten zu innovationspolitischen Förderregimen, die auf Bundes- und EU-Ebene existieren, für ökologisch orientierte Gründungen oft als kontingent, asymmetrisch und strukturell selektiv darstellen. Besonders in der kritischen Frühphase (Pre-Seed bis Early Growth) bestehen hinsichtlich der Fördermittelaquise spezifische Barrieren, die sowohl in der administrativen Architektur der Programme (z. B. Förderlogik, Kofinanzierungsanforderungen, beihilferechtliche Limitationen) als auch in epistemischen Unsicherheiten über ökologische Wirkzusammenhänge und Wirkmetriken begründet liegen.

Zudem bleibt die Operationalisierung und Gewichtung von Nachhaltigkeitskriterien in vielen der existierenden Programmlinien weitgehend unterdefiniert, wodurch sowohl die intendierte ökologische Wirkung als auch die strategische Allokation von Innovationskapital gefährdet werden. Auch wird die Kopplung nationalstaatlicher Fördermechanismen mit supranationalen Finanzierungsinstrumenten (z. B. durch IPCEI, EIC Accelerator oder den Green Deal Call der EU) bislang nur punktuell realisiert – was das transformative Potenzial ökologischer Start-ups strukturell limitiert.

Vor diesem Hintergrund ist eine dezidierte Analyse bestehender Förderarchitekturen im Hinblick auf ihre inklusionslogische Öffnung für GreenTech-Start-ups, ihre ökologischen Zielvorgaben, ihre sektorale Anschlussfähigkeit sowie ihre Governance-Fähigkeit zur interministeriellen Koordination dringend geboten. Die Kleine Anfrage intendiert daher eine konzeptionelle Kartierung und kritische Problematisierung der status quo ante bestehenden Förderinstrumente im Hinblick auf ihre ökologische, innovationspolitische und strukturökonomische Kohärenz.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Welche multi-level-governance-kompatiblen, durch förderlogische Kofinanzierungsarrangements strukturierten und auf innovationssystemisch relevante Start-up-Ökosysteme mit GreenTech-Fokus zugeschnittenen Förderarchitekturen bestehen derzeit auf Bundesebene in Form von programmintegrierten Interventionslogiken, die unter Berücksichtigung ordnungs-, haushalts- und beihilferechtlicher Determinanten einerseits auf technologiegetriebene, umweltorientierte Unternehmensgründungen in prä-kommerziellen Entwicklungsstadien (Pre-Seed bis Series A) zielen, andererseits aber auch nicht-technologische, transdisziplinäre und sozioökonomisch systemrelevante Innovationsformen – etwa im Bereich digitaler Nachhaltigkeitsinfrastrukturen, zirkulärer Geschäftsmodellinnovation oder sektorübergreifender Plattformökonomie – erfassen, wobei insbesondere die Differenzierungskriterien entlang der Förderfähigkeit (eligibility), der ökologischen Transformationsbeiträge (z. B. CO₂-Reduktionspotenzial, ökologische Rebound-Effekte), der Kompatibilität mit TRL-basierten Phasenmodellen sowie der Möglichkeit zur Verschränkung mit supranationalen

Finanzierungsinstrumenten (z. B. Horizon Europe, IPCEI, EIC Accelerator, InvestEU) oder nationalen Kofinanzierungsvehikeln (z. B. EXIST, High-Tech Gründerfonds, Umweltinnovationsprogramm) unter Berücksichtigung struktureller Selektivität, Antragskapazitätsasymmetrien und governance-spezifischer Implementationsbarrieren kritisch in den Blick zu nehmen wären?

Berlin, den 16.04.2025

Martin Steiner und LDF